

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für West-Deutschland 2.50 M. im voraus zahlbar. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisnachlass bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 1.50 M. zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2805 und 2806.

Interessante Artikel: Die kommunistische Partei Deutschlands hat beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen, und bereits die Liste ihrer eigenen Kandidaten aufgestellt. Da sie wegen dieses „Prinzipienverrats“ von ihrer radikalsten und konsequenteren Schwester, der K. P. D., heftig angegriffen und stark bedrängt wird, gibt sie sich alle Mühe, ihre Haltung zu rechtfertigen, und sie vermahnt sich besonders lebhaft dagegen, daß sie in bezug auf ihr Verhältnis zum Parlamentarismus mit den unabhängigen Sozialdemokraten auf eine Linie gestellt werde. Ihre Motive und ihre Absichten seien ganz andere als die der Unabhängigen. Rückfichten der Taktik, so versichern ihre Redner in den Versammlungen, hätten sie bestimmt, ihren alten Standpunkt aufzugeben. Ihre Grundsätze seien dadurch nicht beeinflusst worden. Nur läßt sich leider mit diesen Auslegungsversuchen die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Kommunisten vor Jahr und Tag die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und die Mitarbeit in der Volksvertretung grundsätzlich verurteilt und uns mit den schwersten Vorwürfen überschüttet haben, weil wir angeblich in den Sumpf des Parlamentarismus hineinstiegen. Das vor einem Jahre aus prinzipiellen Erwägungen heraus verdammt wurde, kann heute nicht auf taktischen Gründen anerkannt werden. Es müßte denn sein, daß das Parlament inzwischen eine andere Funktion im politischen und sozialen Leben Deutschlands erhalten hätte, und daß bestritten doch die K. P. D. ebenso wie wir es bestritten. Der Reichstag unterstehe sich seinem Wesen und seinem Werte noch in nichts von der Nationalversammlung. Läßt sich also mit dem Hinweis auf die schöneren und ehrenhafteren Beweggründe wenig anfangen, so müssen die Kommunisten um so größeren Nachdruck auf die Absichten legen, die sie bei dem Entschluß zur Betätigung in der Volksvertretung verfolgten. Sie wollen, wie sie erklären, im Gegensatz zu uns das Parlament von innen heraus vor der Arbeiterklasse diskreditieren, wollen seine Macht unterhöheln, und lehnen es deshalb mit Nachdruck ab, sich auch als seine Mitglieder an der „positiven Arbeit“ zu beteiligen. Sie werden die Tribüne des Reichstags benutzen, um von ihr aus ihre Ideen zu verkünden und die Unfähigkeit eben dieses Reichstags zur sozialen Umgestaltung Deutschlands zu beweisen; sie werden, vermutlich, auch Anträge stellen, aber damit soll, wenn wir sie recht verstehen, ihre parlamentarische Tätigkeit erschöpft sein. Bis zu einem gewissen Grade decken sich da ihre Auffassungen mit den unsrigen. Auch wir werden keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, um im Parlament selbst den Nachweis zu führen, daß es aus sich heraus das Proletariat nicht an sein Ziel bringen kann, und daß die Entscheidungsschlachten draußen geschlagen werden, wo sich die einander widerstrebenden Gewalten unmittelbar gegenüberstehen. Aber wir vermögen nicht einzusehen, daß es einen Sinn hat, aktiv und passiv an den Wahlen teilzunehmen, wenn man sich auf diese oratorischen Kraftanstrengungen zu beschränken gedenkt. Das Werk der Diskreditierung läßt sich weit besser von jemandem leisten, der darauf verzichtet, den Sitzungssaal zu betreten. Seine Stellung ist klarer und eindeutiger, und er wird deshalb wirksamer auftreten können als einer, der sich erst wählen läßt, um dann die Zwecklosigkeit des Wählens zu beweisen. Oder glaubt man etwa, daß Darlegungen, die von der Rednerbühne des Reichstags gemacht werden, gerade in dieser Beziehung stärkeren Nachdruck bewirken, als revolutionäre Reden in Volkerversammlungen? Das hieße doch gerade die Bedeutung des Parlamentes gewaltig überschätzen. Die bürgerlichen Gegner zu gewinnen, liegt keine Möglichkeit vor, und es gilt da immer, was Wilhelm Liebknecht in seiner berühmten Rede von 1869, die später in dem Leipziger Hochverratsprozeß eine so große Rolle spielte, ausgeführt hat. Er warf die Frage auf, ob denn etwa daran gedacht werden könnte, durch die Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Prinzipien die Mitglieder des Reichstages zu befehlen, und er beantwortete sie dahin, daß es kindisch wäre, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen: „Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern — und nicht so lächerlich.“ Auch die rechtssozialistischen Vertreter werden sich durch die kommunistischen Reden kaum überzeugen lassen, und es bleibt letzten Endes eine Kraftvergeudung, wenn man ins Parlament nur geht, um antiparlamentarische Agitation zu treiben und auf jede weitere Tätigkeit Verzicht leistet. Aber mit der weiteren Tätigkeit kommen die Kommunisten

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reaktionärer Wahlsieg in Dänemark.

Die Reichstagswahlen in Dänemark haben insofern einen überraschenden Ausgang genommen, als sie den Radikalen, die zusammen mit den Sozialdemokraten bisher die Regierung gebildet hatten, eine starke Niederlage gebracht haben. Von ihren bisherigen 32 Mandaten verlieren sie 15 und scheiden damit als regierungsfähige Partei aus, da ihre Stimmenzahl nicht ausreicht, um zusammen mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit zu bilden. Die Sozialdemokratie hat zwar einen Zuwachs von ungefähr 40 000 Stimmen und damit ein Plus von drei Mandaten errungen, aber die Fortschritte der konservativen Partei und der Liberalen, die zusammen 11 Mandate gewonnen haben, sind wesentlich größer und dürften zur Bildung einer konservativ-liberalen Regierung führen, die in der inneren wie in der äußeren Politik einen viel reaktionäreren Kurs steuern wird als das Kabinett Zahle, das bis zur verfassungswidrigen Entlassung dieses Kabinetts durch den König in den letzten Märztagen amtierte.

Der Ausgang der Wahlen überrascht deshalb, weil er in einem Widerspruch steht zu der spontanen Volksbewegung, die das Vorgehen des Königs und der reaktionären Parteien Ende März ausgelöst hat. Unter der Androhung des Generalstreiks, den die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften proklamierten, mühte der König den Rückzug antreten und sofortige Neuwahlen ausschreiben lassen. Das war ein deutlicher Erfolg der Arbeiterklasse, die sich gegen das von annexionsistischen Erwägungen eingegebene Vorgehen des Königs und der rechtsstehenden Parteien erhoben hatte. Der Erfolg konnte sich jedoch nicht auswirken, da es im Verlauf der Krise zu einem faulen Kompromiß zwischen dem König und den Parteiführern kam.

Statt den Generalstreik in Kraft treten zu lassen und den Kampf gegen die politische und soziale Reaktion aufzunehmen, einigte man sich dahin, daß das verfassungswidrige eingesezte Geschäftministerium im Amte bleibe, bis die Wahlen vollzogen sein würden. Der angekündigte Generalstreik wurde abgelagt, die Wahlkampagne begann, und in dieser Zeit verstand es die reaktionäre Rechte, zu der auch die Liberalen gerechnet werden müssen, die nord-schleswigsche Frage und die Generalstreikaktion der Arbeiterklasse zur Aufspaltung der nationalsozialistischen und antisozialen Kräfte der bürgerlichen und großbürgerlichen Massen auszunutzen. Das Gespenst

der „roten Gefahr“ wurde in den grellsten Farben an die Wand gemalt und gleichzeitig auf die Schädigung der nationalen Ansprüche Dänemarks durch die annexionsfeindliche Politik des Kabinetts Zahle hingewiesen.

Diese nationalsozialistische und antisoziale Demagogie hat im Wahlkampf den Sieg davongetragen. Die Konservativen, die unter Führung Christensens die ganze Krise herausbeschwooren hatten, um die Macht an sich zu reißen, können triumphieren. Die Reaktion hat vorläufig in Dänemark gesiegt, da die Arbeiterklasse nicht die Entschlußkraft aufbrachte, die politische Krise zu einem machtvollen Vorstoß der Massen gegen die Reaktion auszunutzen.

Kopenhagen, 27. April. (WZ.)

Die Wahlen zum Folketing hatten folgendes Schlussergebnis: Liberale 48 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Sozialisten 42 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Konservative 28 Mandate (Gewinn: 7 Mandate), Radikale: 17 Mandate (Verlust: 15 Mandate), Erwerbspartei: 4 Mandate (Gewinn: 3 Mandate), Freie Sozialdemokraten, Unabhängige Rechte, Unabhängige Radikale je 1 Mandat Verlust. Die Farmer (1 Sit) wählen später.

Kopenhagen, 27. April.

Zu dem Ausfall der Wahlen schreibt „Politiken“ u. a.: Der Kampf wurde gegen das Ministerium Zahle geführt. Die Geschichte wird einmal ein ruhiges Urteil über die 7 Jahre fällen, in denen die Politik Dänemarks durch die Weltbrandung geführt wurde. Gestern urteilte eine von rücksichtsloser Agitation aufgepeitschte und von chauvinistischen und sozialistischen Schreibern verführte Wählermasse. Diesem Siege der Gemäßigten Linken und dem großen Verluste der Radikalen Linken werden neue Wahltage folgen, und das Beispiel der anderen europäischen Länder zeigt, daß die Stimmungen sehr schnell wechseln und sich heftig auswirken. Der bürgerliche Freisinn in Dänemark wird sich behaupten.

„Sozialdemokraten“ sagt: Der Appell der Konservativen und der Gemäßigten Linken an die chauvinistische Stimmung hat ihnen ihre Gewinne gebracht; bei den kommenden beiden Wahlen aber wird es ihnen unmöglich sein, ihre günstige Stellung zu halten. Wahrscheinlich wird die Linke nun die Regierung bilden, endgültig zusammen mit den Konservativen, wird aber eine außerordentlich schwierige Stellung in der nord-schleswigschen Frage haben angesichts vieler zu weit gehender Hoffnungen.

Gegen die Anebelung der Presse.

T. U. München, 28. April.

Nachdem das Organ der Unabhängigen „Der Kampf“ und die kommunistische Zeitung „Neue Zeitung“ verboten, bzw. unter Zensur gestellt worden sind, haben gestern die Betriebskomitee der Münchener Tageszeitungen eine Entschiedenheit angenommen, welche die sofortige Aufhebung dieser Maßnahme und die Wiederherstellung der Freiheit der Presse für alle Parteien fordert. Die Betriebskomitee weisen auf die schwere Gefährdung der Existenz zahlreicher Arbeiter und Angestellter des Zeitungsgewerbes hin und verweisen die Behörden auf die ihnen zu Gebote stehenden strafrechtlichen Mittel.

Stimmresultate bei den pfälzischen Kreisstagswahlen.

Bei den Wahlen zu den pfälzischen Kreisstagen entfielen auf die einzelnen Parteien die folgenden Stimmziffern, denen zum Vergleiche die Ergebnisse der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beigelegt sind: Deutsche demokratische Partei 93 618 (59 417), Deutsche Volkspartei 98 835 (88 352), Christliche Volkspartei 92 804 (124 207), Arbeiterpartei 96 511 (170 216), Unabhängige 85 729 (7229).

Am ganzen wurden abgegeben 356 465 (449 421) Stimmen. Der rapide Stimmenrückgang der Rechtssozialisten und der Zuwachs an unabhängigen Wählern bilden ein charakteristisches Vorzeichen für die kommenden Reichstagswahlen.

Der internationale Gewerkschaftsbund entsendet Vertreter nach Berlin.

Amsterdam, 28. April.

Den Wählern zufolge sind die beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbundes Krumm und Ombek

gepft zu Besprechungen mit Gewerkschaftsführern und Regierungsmitgliedern nach Berlin abgereist.

Die deutschen Befugnisse in Spa.

Paris, 28. April.

Populaire bezeichnet die Einladung des deutschen Kanzlers zum 28. Mai nach Spa als Beginn der Revision des Friedensvertrages.

Nach Privatmeldung der Information aus San Remo soll Lloyd George italienischen Journalisten erklärt haben, der deutsche Kanzler werde in Spa als Minister mit anderen Ministern verhandeln mit dem Rechte, vorzuschlagen und zu erörtern, was die Ausführung des Friedensvertrages angeht.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Paris, 28. April.

Nach Meldung des New York Herald aus San Remo hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu übermitteln.

Deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen im Haag.

H. N. Haag, 28. April.

Der Unterstaatssekretär des deutschen Finanzministeriums Moesle traf im Haag ein, um hier über die Einzelheiten des Kreditabkommens und über die Steinkohlenlieferungen zu verhandeln. Man erwartet einen baldigen Erfolg, da es im Interesse beider Länder liegt, baldmöglichst ein Abkommen zustande zu bringen. Von holländischer Seite sind keinerlei Schwierigkeiten bei einer Verständigung heranzustellen zu erwarten.

Positive Arbeit.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat beschlossen, sich an den Wahlen zu beteiligen, und bereits die Liste ihrer eigenen Kandidaten aufgestellt. Da sie wegen dieses „Prinzipienverrats“ von ihrer radikalsten und konsequenteren Schwester, der K. P. D., heftig angegriffen und stark bedrängt wird, gibt sie sich alle Mühe, ihre Haltung zu rechtfertigen, und sie vermahnt sich besonders lebhaft dagegen, daß sie in bezug auf ihr Verhältnis zum Parlamentarismus mit den unabhängigen Sozialdemokraten auf eine Linie gestellt werde. Ihre Motive und ihre Absichten seien ganz andere als die der Unabhängigen.

Rückfichten der Taktik, so versichern ihre Redner in den Versammlungen, hätten sie bestimmt, ihren alten Standpunkt aufzugeben. Ihre Grundsätze seien dadurch nicht beeinflusst worden. Nur läßt sich leider mit diesen Auslegungsversuchen die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Kommunisten vor Jahr und Tag die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und die Mitarbeit in der Volksvertretung grundsätzlich verurteilt und uns mit den schwersten Vorwürfen überschüttet haben, weil wir angeblich in den Sumpf des Parlamentarismus hineinstiegen. Das vor einem Jahre aus prinzipiellen Erwägungen heraus verdammt wurde, kann heute nicht auf taktischen Gründen anerkannt werden. Es müßte denn sein, daß das Parlament inzwischen eine andere Funktion im politischen und sozialen Leben Deutschlands erhalten hätte, und daß bestritten doch die K. P. D. ebenso wie wir es bestritten. Der Reichstag unterstehe sich seinem Wesen und seinem Werte noch in nichts von der Nationalversammlung.

Läßt sich also mit dem Hinweis auf die schöneren und ehrenhafteren Beweggründe wenig anfangen, so müssen die Kommunisten um so größeren Nachdruck auf die Absichten legen, die sie bei dem Entschluß zur Betätigung in der Volksvertretung verfolgten. Sie wollen, wie sie erklären, im Gegensatz zu uns das Parlament von innen heraus vor der Arbeiterklasse diskreditieren, wollen seine Macht unterhöheln, und lehnen es deshalb mit Nachdruck ab, sich auch als seine Mitglieder an der „positiven Arbeit“ zu beteiligen. Sie werden die Tribüne des Reichstags benutzen, um von ihr aus ihre Ideen zu verkünden und die Unfähigkeit eben dieses Reichstags zur sozialen Umgestaltung Deutschlands zu beweisen; sie werden, vermutlich, auch Anträge stellen, aber damit soll, wenn wir sie recht verstehen, ihre parlamentarische Tätigkeit erschöpft sein.

Bis zu einem gewissen Grade decken sich da ihre Auffassungen mit den unsrigen. Auch wir werden keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, um im Parlament selbst den Nachweis zu führen, daß es aus sich heraus das Proletariat nicht an sein Ziel bringen kann, und daß die Entscheidungsschlachten draußen geschlagen werden, wo sich die einander widerstrebenden Gewalten unmittelbar gegenüberstehen. Aber wir vermögen nicht einzusehen, daß es einen Sinn hat, aktiv und passiv an den Wahlen teilzunehmen, wenn man sich auf diese oratorischen Kraftanstrengungen zu beschränken gedenkt. Das Werk der Diskreditierung läßt sich weit besser von jemandem leisten, der darauf verzichtet, den Sitzungssaal zu betreten. Seine Stellung ist klarer und eindeutiger, und er wird deshalb wirksamer auftreten können als einer, der sich erst wählen läßt, um dann die Zwecklosigkeit des Wählens zu beweisen.

Oder glaubt man etwa, daß Darlegungen, die von der Rednerbühne des Reichstags gemacht werden, gerade in dieser Beziehung stärkeren Nachdruck bewirken, als revolutionäre Reden in Volkerversammlungen? Das hieße doch gerade die Bedeutung des Parlamentes gewaltig überschätzen. Die bürgerlichen Gegner zu gewinnen, liegt keine Möglichkeit vor, und es gilt da immer, was Wilhelm Liebknecht in seiner berühmten Rede von 1869, die später in dem Leipziger Hochverratsprozeß eine so große Rolle spielte, ausgeführt hat. Er warf die Frage auf, ob denn etwa daran gedacht werden könnte, durch die Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Prinzipien die Mitglieder des Reichstages zu befehlen, und er beantwortete sie dahin, daß es kindisch wäre, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen: „Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern — und nicht so lächerlich.“ Auch die rechtssozialistischen Vertreter werden sich durch die kommunistischen Reden kaum überzeugen lassen, und es bleibt letzten Endes eine Kraftvergeudung, wenn man ins Parlament nur geht, um antiparlamentarische Agitation zu treiben und auf jede weitere Tätigkeit Verzicht leistet.

Aber mit der weiteren Tätigkeit kommen die Kommunisten

... in das Gebiet der positiven Arbeit, und die Lehnen die Kommunisten ab. Nun ist die „positive Arbeit“ ein reichlich verschwommen und unklarer Begriff, und wir möchten gern wissen, ob die Genossen links von uns darunter ganz allgemein die Mitwirkung bei der Schaffung von Gesetzen verstehen. Sollten sie zum Ausdruck bringen wollen, daß ein Sozialist keiner Vorlage zustimmen darf, die, ohne die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern, die Herrschaft des Kapitalismus befestigt, so würden sie nur eine Selbstverständlichkeit aussprechen. Ebenso liegt es auf der Hand, daß wir uns nicht nach Art der alten Rationalisten durch kleine Zugeständnisse zu einem Ja dürfen verleiten lassen, nur um immer dabei zu sein, und endlich sind wir, was nicht mehr besonders hervorzuheben zu werden braucht, jeder positiven Arbeit abgeneigt, die auf eine Regierungscoalition hinausläuft, die sich nicht unsere, von den Pflichten der Stunde diktierten programmatischen Forderungen zu eigen macht.

Weiter aber können wir unsere Abstinenz nicht treiben. Indem wir in das Parlament hineingehen, erkennen wir an, daß seine historischen Funktionen noch nicht beendet sind. Unsere Aufgabe ist es, innerhalb dieser Volksvertretung, unseren Einfluß auszunutzen, nun möglichst viele Vorteile für das Proletariat herauszuschlagen, und möglichst viele Nachteile von ihm abzuwehren. Gesetze, die unsere Wünsche reflektieren, sind besonders angeht, sind einer antisozialistischen Mehrheit nicht zu erwarten. Aber wir haben uns bei jedem Gesetzesentwurf in Kommission und Plenum nach Kräften zu bemühen, ihm eine für die Arbeiterklasse möglichst günstige Gestalt zu geben.

Das nächstliegende Beispiel ist das der Steuerpolitik. Wenn es sich darum handelt, daß durch unsere Stimmen Abgaben von den Lebensnotwendigkeiten des Proletariats abgemindert sind, und eine direkte Besteuerung des Einkommens und des Vermögens der Kapitalisten durchgeführt werden kann, so haben wir unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, obwohl wir wissen, daß es mittelbar doch die Arbeiter sind, die die Fonds schaffen, aus denen der kapitalistische Unternehmer seine Abgaben an den Staat zahlt.

Solange wir in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung leben, werden wir gezwungen sein, im Parlament im wesentlichen eine Politik zu treiben, die Schritt um Schritt den Kapitalismus aus seinen Positionen herausdrängt und die organisatorischen und propagandistischen Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats schafft. Wer diese positive Arbeit — neben der, wie noch einmal betont sein mag, die agitatorische und propagandistische einherzugehen hat — mit seinem politischen Gewissen nicht vereinbaren kann, ist in der Volksvertretung nicht an seinem Platze. Er handelt folgerichtig, wenn er sein Wirkungsfeld ausschließlich außerhalb des Parlaments sucht.

Wahlvorbereitungen.

In einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Frankfurt am Main wurden als Kandidaten für die Reichstagswahlen im Wahlbezirk Hessen-Rassau aufgestellt: Robert Dismann, Frk. Toni Sander, Paul Schütz und Artur Mayer.

Vom Westfälischen Parteitag der U. S. P. wurden für den Wahlkreis Arnberg folgende Kandidaten aufgestellt: Konrad Ludwig, Eugen I. B., Bezirkssekretär; Heinrich Reuber, Bochum, Parteisekretär; Walter Oettinghaus, Malspe, Gewerkschaftsangehöriger; Adolf Schardi, Dortmund, Privatangehöriger; Frau Anna Kemich, Berlin; Heinrich Pieper, Dortmund, Bergmann; Gustav Albers, Hagen, Arbeitersekretär; Henning, Orilon, Drechslermeister; Karl

„Verschwunden.“

Aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

Am Ende des finstern Korridors eine schmutzige, graue Tür. Vor dieser ein Soldat mit aufgeschlungenen Bajonetten und Handgranaten. Draußen wird verhört. Ritzen bringet bitteres Aufjammer, Weinen, Geräusch von Schlägen, brummendes Fluchen betont. Im konzentrischen, unendlichen Kreislauf des Lebens, in der herrlichen Hauptstadt des bergigen und taligen Ungarns, wo die weisheitsvollen Riten der jungfräulichen christlichen Wahrheit die Macht in Händen halten, über Gut und Böse das Urteil vollstreckend und den Stab nicht bloß über den Vorgeladenen brechend, sondern auch auf deren Rücken.

Wieder ein schmerzliches Aufjammer. Der schwächliche, magere Mann ist zu den Füßen seiner zornigen Richter niederkniet, vor deren schwebenden, forschenden Augen er seinen offenen, kahlen Kopf nicht gesenkt hat, doch vernehmlich seine dünnen Knochen, sein struppiges Kopf, seine hohe Stirn den schweren Schlägen des mit Leder überzogenen Peisstocks nicht Widerstand zu leisten. Bestimmungslos stürzt er auf den staubigen Fußboden hin, das leuchtende Haar klebt an seinen Schläfen, aus seinem Mund rieselt auf den geklopften Boden langsam Blut.

Die Richter blicken einander an. „Es war genug“, winkt der eine und hebt mit der Schnippsche das Sinn des ohnmächtigen Mannes.

Beim Anblick der verdrehten Augen, des geschwundenen Gesichtes wendet er den Blick ab.

„Er simuliert... simuliert...“, flüstert der andere. Stützt mit seinem schweren Stiefel das vor ihm wie ein Bruchstück liegende Menschenwunder in die Brust. Aus der verletzten Brust kriecht ein Nöckchen hervor, die Augen des schwächlichen Mannes drehen sich ersterbend in den baurandigen Rahmen, er stemmt sich auf die Ellenbogen, stürzt zurück, aus seiner Nase, aus seinem Mund sprudelt Blut hervor.

„Wasser! Wieht es ihm in den Rücken, denn sonst kriecht er uns noch hier!... Ich mag diese sentimentalen Szenen nicht.“

Dem auf der Erde windernden Menschen wird eine Schale Wasser in den Rücken gegossen. Er kommt einigermaßen zu sich. „Steh auf!“

Er wackelt sich auf die Arme, wird bei den Schultern erfasst, emporgezerrt.

„Verdammt, Jude! Wieviele Menschen hast du während der Kommune hängen lassen? Antwort!“

Mit winselnder, verzogener Stimme spricht der „Angeklagte“. „Meine Herren, meine lieben Herren, erbarmen Sie sich meiner... Ich tat niemand etwas, ließ niemand hängen, bin ein armer Kaufmann... ach, meine vier kleinen Kinder... ach, meine arme Frau... Wären Sie mich nicht... die Armen beschuldern das... Gnade, meine Herren... ich bin un-Schuldig...“

Dreyer, Bergen, amptlichermeister; Walter Weiß, Gewelsberg, Parteisekretär.

Rechtssozialistische Kandidaten.

Wie der „Bomardier“ mitteilt, haben die Rechtssozialisten in Würzburg den Reichstagskandidaten Hermann Müller als ersten Kandidaten auf ihre Liste gewählt. Dr. Wolf Braun-Rürnberg steht an zweiter Stelle. In Niederbaraim beginnt die Kandidatenliste der Rechtssozialisten in der Reihenfolge Wüffel, Frau Judach, Hermann Müller (Arbeitersekretär).

Arbeiter, Genossen!

Rüffet zur Mähe! Feiert den Tag würdig durch völlige Arbeitsruhe.

Beteilt Euch an den Massenkundgebungen der U. S. P.

Gegen die Reaktion!

Für den revolutionären Sozialismus!

Landwirtschaft und Ernährung.

Höhere Preise, Zurückhaltung der Waren.

Der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Herms erläßt einen Aufruf an die Landwirtschaft, in dem er den Landwirten zusagt, daß in den Höchstpreisen die bauerns schweigenden Kosten der Produktion berücksichtigt werden sollen. Im Reichsministerium sei eine Interkommission, bestehend aus hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher in Bildung begriffen, die jede Steigerung der Produktionskosten seit Januar feststellen solle und die Zuschläge vorschlagen werde, die bei der Feststellung der endgültigen Höchstpreise den bereits bekanntgegebenen Mindestpreisen hinzugefügt werden sollen, sobald also alle Wünsche der Agrarier befriedigt werden. Mit bemerkenswerter Weisheit wird ferner festgestellt, daß die Befreiung von Getreide und Kartoffeln vielfach nur sehr langsam vor sich geht. Der Minister von Landwirtschaftsangelegenheiten kündigt aber nicht an, daß er gegen die sich dieses Jahreren Vorgehens schuldig machenden Landwirte irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen gedenke.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in einer Kundgebung die Schaffung dieses besonderen Fachministeriums lebhaft begrüßt und fordert, daß auch die leitenden Stellen der landwirtschaftlichen Verwaltungen in den Ländern mit Fachleuten besetzt werden. Das ist ein deutlicher Stich gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun, der zugleich das Amt des Landwirtschaftsministeriums verwaltet und den die Agrarier mit ihrem wütenden Haß verfolgen.

Mit welcher Anmaßung diese Großagrarien, die offenen Förderer der Rapp-Putschisten, sich gebärden, zeigt ihre Verurteilung der Proklamation des Generalstreiks durch die Regierung. Ferner ihr Verlangen, die landwirtschaftlichen Betriebe gegen die verbrecherische Tätigkeit bolschewistischer und kommunistischer Banden zu schützen, die durch Raub, Mord und Brand und durch die immer wiederholte Ermordung von Eirelts den Bestand des Vaterlandes auf das äußerste gefährden“, die Totsache zu vertuschen, daß sie durch die Zurückhaltung der Lebensmittel für Rot und Fland, Unterernährung und Vereinträchtigung der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter in erster Linie verantwortlich sind.

Daß in dieser Kundgebung auch die oft geübte Phrase wiederkehrt, der Landwirtschaft werde es unmöglich gemacht, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, wird von ihr selbst durch die Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft widerlegt. Noch immer sind den Agrariern die außerordentlich geringen Hemmungen, die der Ausbeutung der Kon-

summenten durch sie im Wege stehen, unangenehm, und wie vorigen neulichs Vorstoß beweist, sind sie wiederum eifrig bestrebt, die Konzessionen, die ihnen durch die Einrichtung eines besonderen Ministeriums mit einem ihnen genehmen Namen gemacht worden sind, zu erweitern.

Der deutsche Beamtenbund.

Billigung der Haltung beim Rapp-Putsch.

Das Kartell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes hatte zu Montag, den 20. April, im Lehrer-berenshaus Vertreter sämtlicher Ortsverbände der Provinz Brandenburg zur Klärung über die Haltung des Deutschen Beamtenbundes während der März-Ereignisse und zur Stellungnahme zwecks Bildung eines Provinzial-Kartells Brandenburg eingeladen. Nach den Ausführungen der Referenten, der Direktoren Krenner und H. Hölle vom Deutschen Beamtenbund, wurde aus der Uebereinstimmung der Notwendigkeit eines möglichst engen Zusammenschlusses der gesamten Beamenschaft heraus die Gründung des Provinzial-Kartells Brandenburg mit dem vorläufigen Sitz in Potsdam neben dem Provinzial-Kartell Groß-Berlin beschlossen. Zur Haltung des Deutschen Beamtenbundes während des Rapp-Putsches wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 26. April 1920 im Lehrervereinshaus zu Berlin tagende Versammlung des Ortskartells Brandenburg und der dem Kartell Groß-Berlin angehörenden Vereine billigt die auf Grund des Aufrufs des Deutschen Beamtenbundes zur Abwehr des Rapp-Putsches getroffenen Maßnahmen. Alle Versuche, durch Mißbrauch einzelner, an den Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes geschehender Kritik zu über und dadurch die Geschlossenheit der deutschen Beamenschaft auszuhebeln, müssen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Die Versammlung erklart nach wie vor im Deutschen Beamtenbunde die gegebene Interessensvertretung der deutschen Beamenschaft und erklart daher alle Kartelle und angeschlossenen Vereine ihn auch weiterhin mit aller Kraft zu unterstützen.“

Vertrauensvotum für eine U. S. P.-Regierung.

Bei der am Sonntag, den 20. April, in Schwarzburg-Sondershausen vorgenommenen Volksabstimmung über die Frage „Soll der gegenwärtige Landtag aufgelöst werden?“ wurden nach den bisher vorliegenden Meldungen 10 801 Stimmen mit Nein und 13 473 Stimmen mit Ja abgegeben.

Das Ergebnis dieser Abstimmung ist gleichbedeutend mit einem Vertrauensvotum für unsere Partei-genossen, die in Schwarzburg-Sondershausen die Regierung bilden. Großagrariische Heber unter der Flagge der Deutschnationalen Partei hatten seit Monaten eine systematische Hebe gegen die U. S. P.-Landtagsmehrheit und die vom Parlament des Ländchens gewählte Regierung inszeniert. Es wurden Unterschriften für eine Petition an den Landtag gesammelt, um auf diesem Wege eine Auflösung der Volksvertretung zu erwirken. Dabei wurde von den deutschnational-antisemitischen Hebeputzeln mit aller Zungenkraft auf die angebliche Mißwirtschaft der Unabhängigen in Schwarzburg-Sondershausen und in Göttingen geschimpft. Unser Genossen in der Regierung überließen das Urteil über ihre Tätigkeit dem Volke. Die Bevölkerung von Schwarzburg-Sondershausen hat nun ihr Urteil gesprochen. Es ist eine klaffende Ohrfeige für die Rapps und Lüttwiche in Thüringen.

Antisemitische Unverschämtheiten Wiener Studenten. Im Verlauf einer Studentenversammlung in Wien verurteilten deutschnationale Hochschüler, alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der Universität zu entfernen. Bei den sich hieraus ergebenden Tätlichkeiten wurden mehrere ausländische Studenten verletzt. Wegen eines von den alldeutschen Hegeputzeln jüdischen Studentenheims wurde bereits die amerikanische Mission bei der österreichischen Regierung vorstellig. Die Universität wurde geschlossen.

Eine rote, große Hand schlägt auf das geschwollene, violette Gesicht nieder...

„Ach was! ... wart nur, verdammt Wölchens! Der Riß vorsteh wird dir schon geben...“

„Du Holende, du verdienstest schon deshalb, weil du ein Jude bist, geknauert zu werden...!“

„Ich bin unschuldig, meine Herren... Gott ist mein Zeuge...“

„Bist ein Jude, kannst nicht unschuldig sein...!“

Der Peisstock schlägt knockend auf die schweißgebadete Stirn nieder, der kleine Jude stürzt wie ein Felsen zu Boden, sein Kopf schlägt laut gegen die Steine...

Gegenüber den Fenstern läutet die Turmschloß mitthig, die Glocke summt und dröhnt. Im Sonnenschein strahlt das glühende Kirchturmkreuz. Jemandem erwarten mit vollkommenem Herzen eine Witwe und vier kleine Waisenkinder — Wäterschen heim, zum Mittagessen.

Das „Reich der Kinder“.

Trotz der äußerst schweren politischen Verhältnisse, in denen Sowjetrußland leben muß, ist es dennoch schöpferisch tätig und schafft beständig neue Lebensformen.

Sowjetrußland baut die Zukunft. Deshalb sorgt es am meisten und vor allem für die Kinder.

„Jahnoja Poljana“, das Gut des Kollhoi, und alle umliegenden Anwesen und Pflanzungen sind mit Einverständnis der Tochter Kollhoi und seines Testamentenvertragers W. Tschertkow in ein Reich der Kinder vermandelt worden.

Der „große Schriftsteller des russischen Landes“, der „Weise von Jahnoja Poljana“ liebt über alles in der Welt die Kinder. Er liebt sie so, wie nur Kollhoi lieben konnte.

300 Kinder von Arbeitern und armen Bauern sind im Hause Kollhoi, auf dem Gute seiner Tochter Katjana und im Gutshause seines nächsten Freundes W. Tschertkows, untergebracht.

Dies sind „Kinderwirtschafte“ organisiert worden; die Kinder bestellen selbst (natürlich unter der Leitung von erfahrenen Agronomen) die Felder — dieselben Felder von Jahnoja Poljana, die Kollhoi selbst einst mit dem Pflug bestellte. Hier sind Schulen eingerichtet worden, in denen der Geist des großen Pädagogen lebt.

Die Kinder lernen nach den Vätern Kollhoi, nach der Bibel, die Kollhoi einst zusammenstellte. Die Lehrer sind Schüler Kollhoi. Alles was in der Schule unterrichtet wird, ist vom Geiste der Kollhoischen Lehre, der Kollhoischen Moral, durchdrungen.

Hier finden wir: ein Kindertheater, ein Museum für Kinder, einen Kinderchor, verschiedene Gewerkschulen (für Maschinbau, Tischlerei, Schlosserei, Schneiderei usw.), eine Krippe und Kinder-gärten für kleine Kinder, Schulmusik, Turnplätze, Sport-schulen usw.

Dieses ganze Kinderreich ist vom Kommissariat der Volksaufklärung organisiert worden und wird von ihm unterhalten.

Das ist der Tribut, den die Sowjetregierung dem Andenken des genialen Künstlers und Denkers entrichtet.

Katjana Kollhoi und W. Tschertkow haben sich vollständig diesem Reiche der Kinder gewidmet. „Indem ich mit diesen Kindern lebe und arbeite“ — sagte Katjana Kollhoi in einem Gespräch mit dem Mitarbeiter der „Iswestia“ — „erfülle ich am besten das Vermächtnis meines großen Vaters. Ich bin überzeugt, daß mein Vater, wenn er noch lebte, alle seine Kräfte dieser heiligen Sache geweiht hätte.“ — „Am wichtigsten ist das“ — sagte W. Tschertkow — „daß sich die Kinder beständig wie in lebendigem Umgang mit dem Verstorbenen befinden.“

Das Reich der Kinder wird von den Kindern selbst regiert. Es ist eine Kinderrepublik, eine Kinderkommune, eine kollektive Kinder-Gemeinde. Die Kinder verteilen die Arbeiten selbst, bereiten sich selbst die Nahrung zu (sowohl pflanzlich als vegetarisch), sorgen selbst für die Instandhaltung der Gegenstände, die Kollhoi nicht gehörten. Die Instruktionen und Lehrer sind bemüht, sich so wenig wie möglich in die innere Ordnung des Lebens der Kinder einzumischen; den Kindern wird volle Freiheit gewährt. Dieses Reich der Kinder ist eine der größten Errungenschaften der Sowjetmacht. Dieses Reich der Kinder ist der überzeugendste Beweis dafür, daß das Ideal des großen Schriftstellers und das Ideal des Kommunismus in ihren Endzielen übereinstimmen.

Theater in der Königgräher Straße.

Strindberg-Schau-Abend.

Dieserjenige, die ins Theater in der Königgräher Straße gehen, um die „Orska“ spielen zu sehen, kamen auch gestern auf ihre Kosten. (Arbeiter sind kaum dabei.) Sie ist zwar nicht mehr die große Mode, sondern schon ein bißchen von gestern, aber sie macht ihre Sache noch immer. Wer jedoch gestern zu Strindberg und Shaw wollte, mußte eine Enttäuschung erleben. Strindbergs andernwärts schon oft gegebener Einakter „Mit dem Feuer spielen“ wirkte in der hergebrachten Regie Rudolf Bernauer wie ein bürgerliches Lustspiel (und ist im Grunde auch nicht viel mehr). Der unter der Oberfläche spürbare Gassenhumor und Komödientgeist Strindbergs errannt in dem ewigen Sprühregen des Hl. Orska und in den bedäbligen Peiterleiten des Herrn Niemann. Ihre weiblichen Künste glimmerten so schnell wie sie und seine etwas flache Art war glücklicher als sonst. Am schlauesten in einer ihm sehr geliebten Rolle des abgünstigten Liebhabers, der sich nicht davonmacht, als ihm der Galte der Geliebten den Weg zur Ehe freimacht, war Herr Abel. Sehr prächtig Herr Leopold bagatelisierte. In den für anstehenden hier Szenen... (Text ist hier sehr undeutlich)

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung in der Wagon-Börse, die von vier nördlichen Distrikten einberufen war. Die Referentin Genossin Frieda Wolf schilderte u. a. den schief geschnittenen Kampf um die Erziehung des Frauenwahlrechts. Nachdem nun zur Nationalversammlung von den Frauen das erste Mal gewählt wurde, stellte es sich heraus, daß vor allem die bürgerlichen Parteien und da in erster Linie das Zentrum den Vorteil davon gehabt haben. Die Massen in den katholischen Gegenden vornehmlich haben es nicht verstanden, die Frauen für die Ziele der Zentrumspartei einzurufen. Demgegenüber stehen wir auf dem Standpunkt 'Religion ist Privatangelegenheit', und haben im Sozialismus eine bessere Religion gefunden. Auch die kirchlich stattgefundenen Elternwahlmatten haben ja hinlänglich bewiesen, daß die Frauen wohl die politische Lage noch nicht klar erkannt haben.

Wenn die Frauen nun zum zweiten Male in den Wahlkampf treten, so müssen sie erkennen, daß es nun an ihnen liegt, in welchem Sinne sie registriert werden wollen. Wir wollen uns nicht mit ein 'besseres Jenseits' beschäftigen lassen, sondern wollen und auf Erden annehmbare Existenzbedingungen schaffen. Sie unterzogen die Arbeiten der nun bald erledigten Nationalversammlung einer scharfen Kritik und wies nach, wie die bürgerlichen Parteien einseitig für die Wohlstandsklassen alle währendenden Kräfte unserer Partei in Frage: Wuttertschub, Säuglingshaus und Mutter-Kind-Asyl abgelehnt haben, mit der Begründung, es fehle an den dazu notwendigen Mitteln, während aber für andere Zwecke, die im Interesse der Kapitalisten liegen, immer Geld vorhanden war. Auch in den Fragen der Arbeiterinnenversicherung ist von der Nationalversammlung so gut wie nichts getan worden.

Darum heißt es nun bei den Reichstagswahlen alle Frauen der arbeitenden Klassen an die Urne zu bringen, um ihre Stimme für die U. S. V. D. in die Waagschale zu werfen.

An dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion. Eingeleitet wurde sie durch eine Kommunistin, die u. a. darlegte, daß die U. S. V. D. sich diesmal an der Wahl beteilige, um in der Wahlarbeit intensive Aufklärung der Massen zu betreiben. Die übrigen Redner ergänzten die Ausführungen der Referentin und forderten zur regen Propaganda und Wahlbeteiligung auf, da sich durch den Anfall der Wahl die Arbeiterklasse das Meisteverdienst ausstellt. Es wurde von den Rednern kein Zweifel darüber gelassen, daß wir das Parlament nur als Etappe zur Einführung des Sozialismus zu betrachten haben.

Im Schlußwort ging die Referentin auf die Diskussion ein, und sprach sich vornehmlich die Ausführungen der Kommunistin. Der Gesangsverein der 'Presdenker' brachte zu Beginn und zum Schluß der Versammlung stimmungsvolle Kampflieder zum Vortrag.

Walters Ende.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der General v. Walter freiwillig von seinem Posten zurückgetreten sei, wozu die Regierung seinem Verlangen, auch sächlich der Ruhe vorzumarschieren, nicht stattgegeben habe. Jetzt wird ergänzend berichtet, daß Walters Abgang doch nicht ganz freiwillig erfolgt sei. Er habe sich vielmehr durch einen Brief der Regierung gegenwärtigen geigen, seinen Abschied einzureichen, denn dieser Brief sei in eine Form gekleidet gewesen, die dem General ein weiteres Verbleiben in seinem Amt unmöglich gemacht habe.

Nach unserem Dafürhalten ist Walters Abgang viel zu spät erfolgt. Er ist für alle Vorgänge im Ruhrgebiet verantwortlich zu machen. Ob durch seinen Abgang jedoch ein anderer Kurs eingeschlagen wird, steht sehr in Frage. Günstigen arbeiten die Kriegsgesichte noch im Übergangsstadium weiter. Sie sind mit der Arbeit' derzeit überlastet, daß sie kaum fertig werden. Nachfolger des General v. Walter ist der Generalmajor Campé geworden.

Wie aus Paris gemeldet wird, werden die französischen und belgischen Truppen den Rango verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet nur noch 20 Bataillone, 6 Schwabronen und 2 Batterien umfassen wird. Bis zum 10. Juni sollen diese

der russischen Kaiserin 'Die große Katharina' belam man nur einen ersten Bildentwurf aus dem Petersburger Hofleben des 18. Jahrhunderts mit Viehrücktheit und Monarchenmuffig zu sehen. Katharina läßt einen englischen Offizier, der sich ihrem bekanntlich sehr aufnahmefähigen Bett verweigert, binden und scheidet ihn aus pervertierter Lust mit den Fußspitzen, um ihn dann seiner Frau zu überlassen. Diese Prozedur, die mit Quetschen und Quergeln die ganze vierte Ebene füllt, ist ein rechtiges Vergnügen. Auch im Überdruß hat die Sottise trotz mancher Sticheleien gegen England, Rußland und Despotenwillkür wenig von Schwab; Kader und Lecker als sonst hatten seine Karikaturen am Nullstellen. Man blieb kühl, obwohl Herr Sartorius aus Potsdam, dem bekannten General und Günstling der Katharina, in vollkommener Kraft überaus drastisch ein verstoffenes Schwein machte und sich in ungeschickter Klugheit über die Bühne wälzte. Gen. Orskov konnte sich aus dem Bett erheben und die Männer anstinken sehen. Sonst war ihr nicht viel zur Charakterisierung geboten. Von den übrigen Mitwirkenden trafen Herr Abet und Herr Hasel einen gedämpften Ton der Befugigung. E. B.

Im XV. und letzten Kongress des Verbandes der Freien Volksschulen, das am Sonntag, den 2. Mai, mittags 12 Uhr, im Theater am Wilkomplatz stattfindet, wird Professor Conrad Knsorge Worte von Bismarck, Schubert, Beethoven und Chopin zum Vortrag bringen. Karten zu 1,50 Mk. einschließlich Niederablage sind bei Breitkopf und Härtel, Volkammer Straße 21, in den Warenhäusern von Hermann Tied, Volkshausbühnenbindung, Rönninger Straße 88 und in der Geschäftsstelle Amienstraße 227 zu beziehen.

Im Theater des Westens spielt Hallenberg im Mai einige seiner beliebtesten Rollen, zunächst in der ersten Woche den Hamlet in 'Hamlet Schmelz'.

Im Theater am Rosenkranzplatz findet die Premiere der Operette 'Eine Nacht im Paradies' von Chorowski und Steinberg, Musik von Walter Brömmel, bereits am Freitag, den 30. April, 7 Uhr, statt.

Im Waldtheater findet am Sonntag, den 2. Mai, eine Aufführung von Paul Boders Sozialistendrama 'Das Gefäß' statt.

Das Grabmal des Kaiserin J. B. Neumann schließt am 28. d. Mt. die Reichs-er-Ausstellung und eröffnet am Montag, den 3. Mai, mittags 12 Uhr, die Veranstaltung 'Neues Wesen'. Der Eintritt ist frei.

Kommunales Karbonat aufgegeben. Dem Marineministerium in Washington ist aus Corbett (Massa) auf großem Wege die Nachricht ausgegangen, daß Howard Karbonat seinen Versuch, den Nordpol zu erreichen, aufgeben mußte. Früher als Ruder. In Vancouver will man eine Wange, etwa 1000 Meilen, gefunden haben, die einen neuen Fährstoff liefert. Dieser soll 18mal höher als Ruder und weit billiger als Sacharin sein. Selbst wenn man die Blätter der Pflanze trocknet und pulverisiert, besitzen sie nichts von ihrem süßenden Anhalt.

kruppen auf die Hälfte herabgelassen und durch 6000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 6000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Die Angst vor dem Zusammenbruch. Sehe gegen die Sicherheitspolizei.

Die Beamten der Berliner Sicherheitspolizei sind in ihrer großen Mehrzahl fest entschlossen, sich nicht wieder zum Werkzeug der reaktionären Offiziere machen zu lassen. Darüber herrscht in den nationalistischen Kreisen eine große Erbitterung. Sie brauchen die Mithras der Sicherheitspolizei bei der Durchführung des neuen Gesetzes und um sich diese Mithras zu sichern, beginnen sie eine planmäßige Sehe gegen die republikanisch gesinnten Beamten.

Die 'Deutsche Tageszeitung' marschiert dabei an der Spitze. Sie bezeichnet das mannhafte Auftreten der Beamten den Kappoffizieren gegenüber als Disziplinwidrigkeit. Sie ist vor allem darüber erbozt, daß die Beamten der Augustonierleone vor einigen Tagen die Waffenschiebung unterbunden haben, die geistwillige Studenten vornahmen, indem sie mehrere mit Waffen beladene Kraftwagen aus der Kaserne zu schmuggeln versuchten, um die Waffen in einem sicheren Versteck unterzubringen.

Ganz besonders erbittert ist die 'Deutsche Tageszeitung' aber über den Wirtschaftsverband der Sicherheitsbeamten. Weil dieser mit aller Energie auf eine Entfernung der Kappoffiziere drängt, sieht das agrarische Blatt den Zusammenbruch der Sicherheitspolizei nahe bevorstehend. Nach althergebrachten Muster werden die republikanisch gesinnten Beamten als 'Spzialisten' bezeichnet, damit sie aus der Truppe entfernt werden und die reaktionären Offiziere wieder die Oberhand bekommen. Dabei kommt es der 'Deutschen Tageszeitung' nicht darauf an, den größten Schwindel zu verbreiten. Der Wahrheit zuwider behauptet sie, dem Major Kauptz sei ein Nichttrauensvotum ausgestellt worden, obwohl gerade das Gegenteil der Fall ist. Die Sehe ist natürlich von den reaktionären Offizieren planmäßig inszeniert worden. Diese wollten durchaus wieder Oberwasser gewinnen, um bei der nächsten Gelegenheit im Verein mit den Reichswehroffizieren der Republik einen Eid zu brechen und das Land in eine neue Katastrophe zu stürzen.

Weil die Sicherheitsbeamten gewillt sind, diesem gewissenlosen Treiben einen Riegel vorzuschieben, sehen die nationalistischen Verschwörer den Zusammenbruch kommen. Javohl, er wird kommen! Aber nicht der Zusammenbruch der Sicherheitspolizei, sondern der Zusammenbruch der nationalistischen Kappoffiziere und die organisierte Arbeiterschaft wird Schulter an Schulter mit den republikanisch gesinnten Sicherheitsbeamten dafür sorgen, daß er recht gründlich wird.

System Reinhardt.

Vor mehreren Tagen erschien im Reichswehrministerium eine Abordnung der Marinebrigade Ehrhard und überreichte im angeblichen Auftrag der Vertrauensleute dem Reichswehrminister ein Ultimatum, den Ostbefehl gegen Ehrhard sofort zurückzuziehen und ihm das Kommando über die Truppe zu belassen. Die nationalistische Presse übergab das Ultimatum der Öffentlichkeit mit großen Letzen und fügte ergänzend hinzu, daß die gesamte Marinebrigade hinter ihrem Führer Ehrhard stehe.

Wie sich jetzt herausstellt, war die Abordnung weder von der Truppe noch von den Vertrauensleuten zu diesem Schritt beauftragt worden. Ein paar Offiziere hatten sich das bewährte Vorbild des Obersten Reinhardt zu eigen gemacht, der jedesmal, wenn er bei einer peinlichen Sache ertappt wurde, sich ein Vertrauensvotum ausstellen ließ, ohne daß die Mannschaften eines Regiments etwas davon wußten. Das Reichswehrministerium ist also gründlich angelogen worden. Schade aber nichts! Warum pflegt es so intimen Verkehr mit Neutetzern und Hochverrätern!

Der erste Einspruch des Reichstags. Rückverweisung der Postgebührenvorlage an die Nationalversammlung.

In der öffentlichen Reichstagsitzung vom Dienstag abend, die unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Schmidt stattfand, wurde den den Vertretern Preußens, Bayerns und Sachsens Einspruch erhoben gegen einen Bescheid der Nationalversammlung zu dem neuen Postgebührengesetz in Sachen der sogenannten portofreilichigen Dienstlichen. Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß künftig auch diese Sendungen, für die das Porto bisher beim Empfänger erhoben wurde, vom Absender freigelegt werden müssen. Im Reichstag fand sich eine Mehrheit von 28 Stimmen, also mehr als die Hälfte aller Stimmen, für den Einspruch gegen diesen Bescheid der Nationalversammlung zusammen. Das Postministerium muß also die Nationalversammlung zu einem nochmaligen Beschluß veranlassen. Nach der Abstimmung im Reichstag belonte Ministerialdirektor Ronge vom Postministerium, daß nunmehr die Vorlage nicht am ersten Mal in Kraft treten könne.

Wahlvorgelassen. In Heß fanden dieser Tage die Wahlen zu den Elternberäten statt. Insgesamt waren 84 Siege zu beschreiben, von denen nicht weniger als 10 auf die Listen der U. S. V. entfielen. Ein gutes Zeichen für die Reichstagswahlen im mitteldeutschen Kohlenrevier.

Zum zweiten Bürgermeister von Frankfurt wurde von der dortigen Stadtverordnetenversammlung an Stelle des zum Oberbürgermeister von Nürnberg gewählten Dr. Ruppe der rechtssozialistische Unterstaatssekretär Edward Graf mit 47 von 65 abgegebenen Stimmen gewählt.

Der 1. Mai in München. Die sozialdemokratische Mehrheit des Münchner Stadtrates hat einen Antrag angenommen, wonach den sächsischen Beamten und Arbeitern, die den 1. Mai feiern wollen, nicht in den Weg gelegt werden darf.

Feier des 1. Mai im Saargebiet. Der Präsident Bouffé hat den 1. Mai als Feiertag der Arbeit genehmigt, ebenso den Feiern der Gewerkschaften angemeldetem Urlaub.

Die Eisenbahner in Elbhol-Rothringen wollen solange weiterstreiken, bis sie durch ihre Vertreter von den mit dem Arbeitsminister in Paris getroffenen Abmachungen Kenntnis bekommen haben.

Der Streik der Dresdener Bankbeamten hat zu einem Vergleich geführt, so daß die Bankarbeiten am Mittwoch wieder aufgenommen werden sollen.

Die Überwindung der englischen Arbeiterorganisationen, die mit Wittenberg der englischen Regierung nach Rußland fährt, ist am Dienstag abgelehnt. Sie gehen, trotz Hochs in Rußland zu diesen und Petersburg, Kasan und einige andere Plätze in Rußland zu besuchen.

Gewerkschaftliches.

Nochmals der 1. Mai und die Angestellten.

Am Montag nahm in Oberland Hessens eine überfüllte Versammlung von Funktionären, Angestelltenräten, Betriebsräten aller Branchen der Afa-Berlin einstimmig ohne Diskussion folgende Entschlüsse an:

Die am 28. 4 in Oberland Hessens versammelten Funktionäre und Mitglieder von Betriebsräten und Angestelltenräten, die in den Verbänden der Afa organisiert sind, begrüßen aus freudiger den am vorigen Sonntag in der 'Freiheit' und im 'Vorwärts' veröffentlichten Aufruf des Arbeitsausschusses des Orlariells Groß-Berlin der Afa, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Sie stellen hierbei fest, daß die Stellung der Afa-Berlin, der Zusammenfassung der hiesigen Ortsgruppe der freien Angestelltenverbände in dieser Frage auch gar nicht anders sein konnte, als derjenigen, die die freien Arbeitergewerkschaften diesmal wie seit Jahrzehnten einnehmen.

Mit Entrüstung nahmen die anwesenden Afa-Funktionäre und Betriebsratsmitglieder den teilweisen Rückzug einiger Afa-Verbände zur Kenntnis und heben hervor, daß sie den in einer späteren Zeitungsnummer festgelegten Standpunkt einzelner Persönlichkeiten nicht teilen können und ihn dadurch bekämpfen werden, daß sie als Afa-Funktionäre in den Betrieben, Handelsgeschäften und Bureaus für bestmögliche Arbeit am 1. 5. eintraten. Zugleich fordern sie die Delegiertenversammlung der Afa-Berlin auf, ihrer Pflicht als höchste örtliche Instanz eingedenk zu sein und durch eine vor allem geistige Organisation des Orlariells Groß-Berlin und seiner Geschäftsstelle dafür zu sorgen, daß der eingeschlossene Wille der Mitgliedschaften mehr als bisher zur Geltung kommt, und daß nicht bureaukratische Kurzsichtigkeit einzelner Personen das Ansehen der Afa gefährdet. Die Parole der Afa muß lauten:

'Fort mit den Blaumachern! Sammlung aller freien Kräfte mit diesen im Einigkeits! Vorwärts!'

Die Kollegenchaft gelte diese Einigkeit durch bestmögliche Arbeitsruhe am 1. Mai.

Nachwirkungen des Kellnerstreiks.

Nachdem der Streik der Gastwirtschaftsangehörigen beigelegt ist, hatten einzelne Unternehmer für angeordnet, ihre Angestellten zu mahregeln. Trotzdem von den beiderseitigen Organisationen beschlossen war, daß heimliche Arbeitnehmer in die Betriebe wieder eingestellt werden. In den einzelnen Fällen gelang es der Organisation, die Unternehmer zu überzeugen, um auf gütlichem Wege die Leute wieder an ihre alten Arbeitsplätze zu bringen. Nur der Inhaber der 'Stammes', Kellnerer Straße, Herr Albert Freyer, erklärte, lieber hunderttausend Mark auf die Straße zu werfen, als die Kellner, welche dem Ruf ihrer Organisation folgten, wieder einzustellen. Durch Einschreibebrief ließ er ihnen die Papiere zugehen, mit der Bemerkung, es sei Saisonabschluss. In Wirklichkeit sind bis Mitte Mai die Kellner, welche dem Verband der Gastwirtschaftsgehilfen hat sich weitere Schritte vorbehalten.

Groß-Berlin.

Die neue Brotpreisoberhöhung.

Vom 10. Mai ab soll der Preis für das 1900-Gramm-Brot 4,50 Mark betragen. Der Lebensmittelverband veröffentlicht eine Berechnung, aus der sich ergibt, in welcher Weise der Preis zustande gekommen ist. Nach dieser Berechnung soll auch das Kleingebäck 14 Pfennig das Stück, das Frankbrot von 1000 Gramm 4,40 und das Pfund Weizenfeinmehl 1,40 Mark kosten. Dieser Preis dürfte noch nicht der letzte sein. Er zwingt die Arbeiterschaft entweder zur Verschlechterung ihrer Lage oder zum Ausgleich neue Forderungen zu erheben. So geht das in einem fort. Immer unhaltbarer wird die jetzige Produktions- und Konsumtionswirtschaft. Täglich mehr zeigt sie, daß sie abgewirksam ist. Sie durch eine sozialistische Wirtschaft zu ersetzen, das ist die Aufgabe des Proletariats. Seine Macht zu steigern, ist das Gebot der Stunde.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat anlässlich der Erhöhung der Wehl- und Brotpreise an den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft telegraphisch folgenden Beschluß übermitteln:

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat davon Kenntnis genommen, daß die außerordentliche Erhöhung der Wehl- und Brotpreise durch Anläufe ausländischen Getreides verursacht worden ist. Der Lebensmittelverband bedauert, daß hierdurch die Lebenshaltung der Bevölkerung wiederum aufs stärkste vertrieuert wird. Der Lebensmittelverband Landwirtschaft die dringende Bitte, sich jeder Ausfüllung der gegenwärtigen Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Wehl- und Brotpflege aus nachdrücklichste zu widersetzen, im Gegenteil die Gefährdungsmöglichkeit im Zusammenhang mit der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion derart auszubauen, daß nicht, wie es in diesem Wirtschaftsjahr hauptsächlich wegen der unrichtigen Ostpolitik geschehen ist, große Mengen Getreides der zentralen Erzeugung verloren gehen, vielmehr, daß die verteuerten Auslandslieferungen unterbleiben oder nach aller Möglichkeit eingeschränkt werden können.

Die Oranienburger Arbeiterschaft gegen den kappistischen Bürgermeister.

Die Oranienburger Arbeiterschaft führt seit Monaten einen gütigen Kampf gegen den reaktionäre Stadtoberhaupt, den Bürgermeister Dr. Heim. Der Kampf hat sich in den letzten Wochen immer mehr verschärft, da Dr. Heim am 13. März für die Kappisten Partei ergriff. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben darauf seinen Rücktritt im Stadtparlament gefordert. Der Rücktritt wurde abgelehnt, die Erbitterung der Arbeiter hier dadurch noch mehr. U. S. V. D., S. V. D. und Gewerkschaftskommission beschloßen darauf, mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit zu treten, in dem die Unmöglichkeit des Bürgermeisters wahrheitsgetreu beleuchtet werden sollte. Nach bevor das Flugblatt veröffentlicht war, ließ es der Bürgermeister beschlagnahmen.

Diese Maßnahme ist völlig ungesetzlich und zeigt nur, daß Herr Dr. Heim die Wahrheit zu fürchten hat. Es wurde deshalb die Beschlagnahme beim Regierungspräsidenten sofort telegraphisch Beschwerde eingeleitet. Nach dieser Beschwerde nicht stattgegeben, dann wird die Arbeiterschaft von Oranienburg am heutigen Tage in den Generalstreik treten. 4000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und sozialistische Arbeiter sind

